

Kampf um Macht und Pfründe

Analyse. Libyen nach dem NATO-Angriffskrieg. Teil II (und Schluß): Staatszerfall, rivalisierende bewaffnete Gruppen und Proteste gegen den »Nationalen Übergangsrat«

Von Joachim Guilliard



Militärisch abgesicherte
Einflußbereiche: Checkpoint
einer Miliz aus der
nordwestlibyschen Stadt
Sawija (11. November 2011)
Foto: Reuters

Unmittelbar nach der Ermordung des libyschen Staatsoberhauptes, Oberst Muammar Al-Ghaddafi, beendete die NATO am 31. Oktober 2011 die Kampfeinsätze in dem nordafrikanischen Land. Der »Nationale Übergangsrat«, die in enger Abstimmung mit Washington, Paris und London gebildete Führung des Aufstandes, erklärte das Land offiziell für »befreit« und ersetzte den bisherigen »Exekutivrat« durch eine formelle Interimsregierung.

Doch obwohl Übergangsrat und Interimsregierung mittlerweile von den meisten Ländern als neue Führung Libyens anerkannt werden, haben sie das kriegszerstörte Land keineswegs unter Kontrolle. Der Übergangsrat hatte auch zuvor nie die Führung über den Aufstand. Mit Ausnahme von Bengasi, wo seine Basis lag, bildeten die Aufständischen auf regionaler oder Stammesebene Milizen und Räte, die weitgehend eigenständig operierten. Anerkannt wurde der Übergangsrat von diesen nur in seiner Funktion als Schnittstelle zur Kriegsallianz, die die politische, finanzielle und militärische Unterstützung koordinierte. Der Sturz der alten Regierung führte daher, wie vorauszusehen, zu einem umfassenden Macht- und Führungsvakuum, das nach Ansicht vieler Experten, auch nicht so bald gefüllt werden kann.¹ Der Übergangsrat steht nicht nur einem anhaltenden Widerstand Ghaddafi-treuer Kräfte gegenüber sowie dem Unwillen weiter Teile der Bevölkerung, sich den neuen Herren unterzuordnen, die ihnen NATO-Bomben und Zerstörung brachten. Es fehlt ihm auch die Autorität, die verschiedenen Kräfte innerhalb der Anti-Ghaddafi-Koalition hinter sich zu vereinen.

Die bei weitem stärkste Fraktion bilden darin die islamistischen Gruppierungen. Wie in anderen arabischen Ländern, zählt auch in Libyen der örtliche Ableger der Muslimbruderschaft zur am besten organisierten oppositionellen Kraft. Militärisch spielen zudem die Kämpfer der Libyschen Islamischen Kampfgruppen (LIFG), die in Afghanistan und im Irak viel Kampferfahrung erworben haben, eine herausragende Rolle. Ins Gewicht fällt schließlich auch eine Reihe prominenter islamischer Geistliche. An deren Spitze stehen Ali Al-Sallabi, der aktuell als einflußreichste Persönlichkeit Libyens gilt, und Scheich Al-Sadiq Al-Gharyani.

Al-Sallabi lebte bis Februar in Katar und spielte eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Rebellen mit Geld und Waffen durch das Scheichtum. Er ist eng verbunden mit Yusuf Al-Qaradawi, dem spirituellen Führer der weltweiten Muslimbruderschaft wie auch mit dem Führer der LIFG, Abdelhakim Belhadsch. Letzterer wiederum kommandiert die stärkste bewaffnete Kraft in der Hauptstadt, den »Tripolis Militärrat«. Dessen Kern, die »Tripolis-Brigaden«, wurde von Katar mit NATO-Hilfe in den Bergen südwestlich der libyschen Hauptstadt aufgebaut, trainiert und mit modernstem Gerät ausgerüstet. Sie gelten als Eliteeinheiten unter den Rebellen.

Aufgeteilt unter Milizen

Die Islamisten dominieren auch den Übergangsrat. Dessen Chef, Exjustizminister Mustafa Abdel Dschalil, steht ihnen nahe und hat früh angekündigt, daß künftig die Scharia wieder Grundlage der Rechtsprechung sein werde. Mit seiner Unterstützung konnte sich der frühere Afghanistan-Kämpfer Belhadsch Ende August auch zum offiziellen »Militärkommandeur« von Tripolis ernennen. Die beiden prominentesten säkularen Führungsmitglieder, die langjährigen US-Bürger Mahmud Dschibril und Ali Tarhouni, die zunächst als Premier- und Finanzminister fungierten, wurden im Herbst aus dem Rat gedrängt. Tarhouni prangerte später den Rat als »nicht repräsentative Elite« an, die sich allein auf ausländisches »Geld, Waffen und Propaganda« stütze.² Der jetzige Chef der Übergangsregierung, Abdel Rahim el-Kib, lebte zuvor zwar ebenfalls sehr lange in den USA, stand dort aber in engem Kontakt zu religiösen Kreisen.

Diesem Klüngel aus Islamisten, alten Kadern und Exilanten stehen die meisten Milizen und Räte, die sich auf regionaler Basis, auf Stadt- oder Stammesebene gebildet haben, mißtrauisch bis feindlich gegenüber. Sie sind keineswegs bereit, nun die Waffen abzugeben oder sich der Übergangsregierung unterzuordnen. Säkulare Milizen haben als Gegenpol zu Belhadschs Militärrat den »Tripoliser Rat der Revolutionäre« gegründet. Militärisch stärker sind allerdings der »Westliche Militärrat« und die »Brigaden« aus den Aufstandszentren, Misrata und Zintan, die Belhadschs Führung ebenfalls nicht anerkennen. Hinzu kommen noch Hunderte weitere Milizen, die die Hauptstadt und das übrige Land unter sich aufgeteilt haben.

Diese autonomen Gruppen gelten daher als größtes Problem bei der Herstellung einer neuen Ordnung. Die jetzige Regierung hat ihnen mehrfach eine letzte Frist gesetzt, zu der die Kämpfer sich entweder der neuen offiziellen Armee anschließen oder die Waffen abgeben und nach Hause gehen sollten. Diese denken aber nicht daran. Und die u.a. vom langjährigen CIA-Mann Khalifa Heftar geführte offizielle »Nationale Armee« ist viel zu schwach, um eine Entwaffnung erzwingen zu können.

Nahezu täglich liefern sich rivalisierende Milizen auch Feuergefechte untereinander um Macht- und Einflußbereiche. Anfang Januar beschossen sich z.B. Kämpfer aus Misrata und Einheiten des Militärrates von Tripolis stundenlang im Zentrum der Stadt mit Maschinengewehren, Granaten und Flugabwehrgeschützen. Es gab mindestens vier Tote und Dutzende Verwundete. Wenige Tage später gingen Kämpfer aus Misrata und Zintan mit schweren Waffen aufeinander los. Über dem Stadtzentrum stieg eine dichte Rauchsäule in die Höhe.

Zu erbitterten Kämpfen war es auch um den internationalen Flughafen von Tripolis gekommen, der von Rebellenbrigaden aus Zintan kontrolliert wird. Khalifa Heftar scheiterte mehrfach beim Versuch, diesen mit Einheiten der »Nationalen Armee« die Kontrolle zu entreißen. Die Auseinandersetzung gewann an Schärfe, als hier fünf Frachtflugzeuge mit in Deutschland gedruckten Dinar-Scheinen im Wert von mehreren Milliarden Euro erwartet wurden. Wer den Flughafen kontrolliert, konnte mit erheblichen »Provisionen« rechnen.

Der Streit um die enormen Reichtümer des Landes wird sich sicherlich noch intensivieren. Nachdem die NATO-Staaten nun die zu Kriegsbeginn eingefrorenen Auslandsguthaben des libyschen Staates sukzessive wieder freigeben, werden 112 Milliarden Euro in die Verfügungsgewalt der zusammengewürfelten, durch nichts legitimierten neuen Regierung des Landes fallen.

Was mit den bereits im letztem Herbst freigegebenen 18 Milliarden Dollar geschah, entzog sich anscheinend jeglicher Kontrolle. Ein Mitarbeiter des Übergangsrates berichtete im Dezember (Time vom 16.12.2012), daß es in seinem Ministerium kein einziges Dokument gebe, in dem festgehalten wurde, wohin die Gelder gingen. Alles sei allein übers Telefon und persönliche Gespräche abgewickelt worden.

Finanzminister Hassan Zaklam gestand Anfang Februar ein, daß Millionen Dollar aus den zurückgeflossenen Vermögenswerten sofort wieder außer Landes geschafft wurden – abgezweigt u.a. durch »Revolutionäre«, die nun die Aufsicht über die Flug- und Seehäfen haben.

Zehntausende demonstrierten

Die Bildung der Übergangsregierung sollte eigentlich die Lage beruhigen, indem die wichtigsten konkurrierenden Kräfte mit Posten bedacht wurden. So bekam ein Rebellenkommandant aus Zintan das Militärressort und einer aus Misrata das Innenministerium. Doch nutzen die meisten nun ihre Ämter zu Stärkung der Position ihrer Organisation, ihres Stammes oder ihrer Stadt. Angesichts der absoluten Unfähigkeit und der mangelnden Transparenz dieser Regierung wuchs bald auch in den einstigen Hochburgen der Aufständischen der Unmut über die neuen Herren. Nach wie vor sind weder alle Mitglieder des Übergangsrates bekannt noch die Art und Weise, wie sie benannt wurden. Alle Besprechungen finden im Geheimen statt, Protokolle gibt es nicht.

Im Dezember gingen bereits Zehntausende gegen die neuen Herren auf die Straße. Allein in Bengasi demonstrierten 30000 Menschen, kaum weniger als zehn Monate zuvor gegen Ghaddafi. Wochenlang unterhielten sie ein Camp direkt vor dem Hauptquartier des Übergangsrates. Am 21. Januar eskalierten schließlich die Proteste. Wütende, überwiegend junge Demonstranten warfen Brandbomben und Granaten gegen das Gebäude, in dem sich gerade Ratschef Abdel Dschalil mit lokalen Politikern traf und stürmten es.

Auslöser war die Veröffentlichung der Vorlage des Wahlgesetzes für eine Verfassungsversammlung gewesen, die ohne öffentliche Diskussion verfaßt worden war. Hauptgrund war jedoch der Ärger über mangelnde Versorgung, ausbleibenden Wiederaufbau und die Unfähigkeit der Verwaltung, z.B. öffentliche Einrichtungen wie Schulen wieder zu öffnen. Man ist auch erbost über die Dominanz ehemaliger Amtsträger und prowestlicher Exilanten. Viele sind besorgt, daß alles viel schlimmer werde als früher, erläuterte die Anwältin Salwa Bugaighis, die zu Beginn eine führende Rolle im Aufstand gespielt hatte, die Stimmung gegenüber der New York Times (22.1.2012). Besonders zornig wären die Demonstranten, so Bugaighis, über Berichte, wonach Regierungsgelder in Höhe von Millionen, wenn nicht Milliarden Dollar verschwunden seien.

Für besonderen Unmut sorgten zudem Informationen führender Mitarbeiter der Zentralbank, wonach bisher keine Zahlungen für die wieder angelaufenen Öl- und Gaslieferungen eingegangen seien. Es geht das Gerücht um, daß die bisherigen Lieferungen an NATO-Staaten und Katar kostenlos erfolgten, um sie im Rahmen eines Kompensationsabkommens für ihre Dienste beim Umsturz zu entschädigen.

Die stürmischen Proteste führten zur Entlassung mehrerer Mitglieder des Rates. Der Vizepräsident Abdelhafis Ghoga, der als Vorsitzender der Anwaltskammer von Bengasi bisher das

zivilgesellschaftliche Aushängeschild unter Islamisten, Stammesführern und abtrünnigen Ghaddafi-Amtsträgern spielte, trat nach körperlichen Angriffen während eines Vortrags zurück. Auch in Tripolis und zahlreichen anderen Städten gab es ähnliche Proteste.

Das Wahlgesetz wurde inzwischen mehrfach verändert. 80 der 200 Sitze sollen nun per Listenwahl an Parteien, 120 als Direktmandate an Personen vergeben werden. Eine Frauenquote gibt es nicht, doch die Hälfte der Kandidaten auf den Listen sollen Frauen sein. Ob die Wahlen im Juni, in die westliche Regierungen und Konzerne so große Hoffnungen setzen, überhaupt stattfinden können, ist jedoch mehr als zweifelhaft. An eine geordnete Durchführung jedenfalls ist angesichts der Zersplitterung der Machtverhältnisse nicht zu denken.

Failed State



»Nein zum Föderalismus!
Nein zur Zentralisierung!« –
Protest in Bengasi gegen die
Autonomiebestrebungen des
ölreichen libyschen Ostens
(9. März 2012)

Foto: Reuters

In Misrata sind die einstigen Rebellen schon weiter. Sie haben Mitte Februar bereits auf eigene Faust Wahlen für einen Stadtrat abgehalten. Die vor dem Krieg zirka 250000 Einwohner zählende Stadt mit den größten und modernsten Häfen Libyens hat sich zunehmend von ihrer Umgebung abgekapselt und zu einem weitgehend selbständigen Stadtstaat mit eigener Rechtsprechung gemacht. Nur Bewohner der Stadt und Besucher, für die ein Einheimischer bürgt, dürfen die martialischen Checkpoints, die alle Zugänge blockieren, passieren. Das Wahlregister enthielt nur zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung.³ Ein starkes Indiz dafür, daß viele Bürger die Stadt verlassen haben oder vertrieben wurden.

Misrata ist allerdings keine einsame Ausnahme, sondern nur rigider als andere Städte. Wer das Land durchreist, der sieht, so der Politologe Jochen Hippler, daß es bereits in verschiedene Machtzonen aufgeteilt ist, die auch militärisch gegeneinander abgesichert werden.⁴

Am 6. Februar versammelten sich 3000 Politiker und Vertreter ostlibyscher Stämme, um die Gründung der halbautonomen »Republik Barqa« im Osten des Landes auszurufen. Barqa ist der arabische Name der Cyrenaika, die – von Ägypten bis zur Syrte reichend – fast die Hälfte Libyens umfaßt. Sie streben, in Anknüpfung an die historische Aufteilung des Landes, die Umwandlung des Staates in eine Föderation, bestehend aus der Cyrenaika, Tripolitanien im Westen und Fezzan im Südwesten an.

Auch wenn als Vorbild das US-amerikanische Modell von Bundesstaaten angegeben wird, können unter den herrschenden Verhältnissen diese Autonomie-Bestrebungen leicht zum völligen Auseinanderbrechen des Landes führen. Während im Osten, wo der größte Teil der Ölvorkommen liegt, nun manche bereits von einem zweiten Dubai träumen, einem Staat mit geringer Bevölkerung, aber hohen Einnahmen, sorgen sich viele Libyer zunehmend, daß das ganz Land ein weiteres Somalia wird.

Auch ausländische Experten befürchten, daß der nordafrikanische Staat bald völlig im Chaos versinken wird und ein neuer Bürgerkrieg bevorsteht. »Libyen als Staat ist verloren und wird immer weiter ins ökonomische und politische Chaos gleiten«, meint der russische Wissenschaftler Sergej Demidenko.⁵ Die Ermordung Ghaddafis könnte der Anfang des totalen Zerfalls des Landes gewesen sein, befürchtete auch der Spiegel bereits im Dezember (Spiegel online, 17.12.2011).

Die willkürliche Gewalt der Rebellenmilizen, die internen Konflikte, das Fehlen einer effektiven Regierung bilden auf der anderen Seite auch einen guten Nährboden für einen Aufstand gegen die neuen Herren, wie Time-Korrespondent Tony Karon nüchtern feststellt. Insbesondere da – wie die Großdemonstrationen im Sommer zeigten – die Mehrheit der Libyer gegen den Aufstand und den NATO-Krieg waren. Auch Wolfgang Bauer sieht (in der Zeit vom 16.2.2012) angesichts der großen Verbitterung in Städten wie Sirte, die lange Widerstand leisteten und dabei verwüstet wurden, erhebliches Potential für eine »Gegenrevolution«.

»Grüner« Widerstand

Tatsächlich war der Widerstand von Ghaddafi-Anhängern auch nach dem Tod des Revolutionsführers und dem Fall der letzten Bastionen Sirte und Bani Walid nie ganz versiegt. Im Oktober machte bereits eine »Libysche Befreiungsfront« von sich reden. Ihr Schwerpunkt ist der Süden des Landes; Stützpunkte entstehen in der – die angrenzenden Länder Mali, Algerien, Niger, Tschad und Sudan durchziehenden – Sahelzone. Hier liegt das grenzüberschreitende Gebiet der Tuareg-Stämme, die enge Verbündete Ghaddafis waren, hier können sie sich der Unterstützung weiterer Teile der Bevölkerung sicher sein, die ebenfalls durch dessen Sturz viel verloren haben. Als sich der Journalist und Aktivist Franklin Lamb Ende Oktober im Niger mit einigen Organisatoren der neuen Front traf, fand er eine überraschend große und gut ausgerüstete Truppe vor. Insgesamt waren damals bereits über 800 Aktivisten in Niger eingetroffen, darunter viele frühere Regierungsmitarbeiter. Sie verfügen über modernste Kommunikationsmittel und schienen bereits sehr ernsthaft und gut organisiert am Werk zu sein.

Wie stark der Widerstand schon ist, ist jedoch schwer einzuschätzen. Es gibt zwar eine deutliche Zunahme politischer und militärischer Aktivitäten von Ghaddafi-Anhängern, die Übergangsratschef Dschalil bereits zu Warnungen vor einem Aufstand veranlaßte. Mit jeder Nacht mehren sich auch, so Lamb, die Pro-Ghaddafi-Graffiti an den Mauern, und immer häufiger gehen Ghaddafi-nahe Aktivisten – insbesondere Frauen- und Menschenrechtsgruppen – mit ihren Forderungen auf die Straße.⁶

Doch von einer sich rasch ausbreitenden, nach der bisherigen Landesfarbe benannten »Grünen Revolution«, wie sie auf etlichen Internetseiten schon beschrieben wird, kann noch keine Rede sein. Die vielen Erfolgsberichte auf den mit dem Widerstand sympathisierenden Seiten erweisen sich meist, wie u.a. auch Franklin Lamb an Hand von Beispielen belegt, als reine Phantasie.⁷

Ob sich eine kohärente Widerstandsbewegung entwickeln wird, die die von der NATO an die Macht gebombte neue Führung stürzen und sich gegen die Milizen durchsetzen kann, läßt sich, so auch Lamb, noch nicht absehen. Auch der »Grüne Widerstand« ist nicht unberührt von den regionalen und tribalen Spaltungen im Land. Der Mann, der bisher die verschiedenen Kräfte zusammenhalten konnte, wurde aus eben diesem Grund ermordet. Neue Führungspersönlichkeiten, die das Land einen könnten, sind noch nicht in Sicht.

Eventuell wird die Gegenbewegung gegen die von der NATO und ihren Verbündeten geschaffenen Verhältnisse zunächst auch andere Wege gehen – gestützt auf die 35jährige Erfahrung in lokaler Selbstverwaltung.

So vertrieben in Bani Walid einheimische Kämpfer des Warfalla-Stammes die Rebellen-Milizen, die die Stadt seit Oktober kontrollierten. Bani Walid war als letzte Stadt von den NATO-Verbündeten eingenommen worden. Die Warfalla, die größte Stammesgruppe Libyens, zählen mehrheitlich zu den entschiedenen Unterstützer Ghaddafis. Berichten zufolge wurde in Bani Walid zeitweilig auch wieder die frühere Staatsflagge, die grüne Fahne der Dschamahiriya, gehißt. Die Stammesführer und Stadtoberen bemühten sich aber, die Operation nicht als Gegenrevolution erscheinen zu lassen, sondern nur als Übernahme der Selbstverwaltung. Während sich die »Tripolis-Brigaden« und andere Milizen schon für eine Rückeroberung vor den Toren der Stadt sammelten, Strom- und Telefonleitungen kappten und die Stadt tagelang von der Außenwelt abschnitten, suchte der aus Zintan kommende Interimsverteidigungsminister Osama Al-Dschuwali einen Ausgleich. Der Übergangsrat akzeptierte schließlich die neue Stadtführung, die dafür öffentlich versicherte, nicht »pro-Ghaddafi« zu sein.⁸

Ein Auftakt der »Grünen Revolution« sind die Geschehnisse in Bani Walid daher nicht. Es ging zunächst nur um die unmittelbaren Interessen der Stadt. Dennoch könnte der Akt der Befreiung Schule machen. Seit die örtliche Polizei wieder die Kontrolle übernahm, ist Bani Walid, wie Alfred Hackensberger von der österreichischen Zeitung Die Presse berichtet, die erste Stadt, in der Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt wurden.⁹ »Im Gegensatz zu allen anderen Städten sind in Bani Walid keine Waffen auf den Straßen zu sehen, keine Checkpoints, an dem Milizionäre nach Lust und Laune Autos kontrollieren«.

Offene Besatzung?

Trotz der ungünstigen Entwicklung scheint die Neigung der NATO-Staaten, deren Fokus im Moment ohnehin auf Syrien liegt, sich stärker in Libyen zu engagieren, gering. Doch wenn die Mitgliedsländer der Kriegsallianz die anvisierten Gewinne nicht verlieren wollen, werden sie, so die Einschätzung vieler Experten, um den Einsatz regulärer Bodentruppen nicht herumkommen.¹⁰ Dies wäre jedoch nicht nur politisch heikel, auch aus militärischen Gründen sind die NATO-Staaten nicht sonderlich erpicht darauf, erneut eigene Truppen in ein Land zu schicken, in dem es rasch zu Verlusten kommen könnte.

Andererseits gibt es Hinweise, daß Vorbereitungen für einen Einsatz möglicherweise schon im Gange sind. Laut Pepe Escobar von der Asia Times gibt es bereits Vereinbarungen mit dem Übergangsrat über die Einrichtung von Militärbasen im Osten des Landes. Bis zu 20000 Soldaten, 12000 davon aus Europa, sollen – eingeladen von der neuen Regierung – zur Unterstützung bei der Herstellung »innerer Sicherheit« dorthin verlegt werden.¹¹ Auch Tausende Söldner sollen bereits im Land sein, um u.a. die Anlagen der Ölindustrie zu sichern.

Die Situation ähnelt der in Afghanistan im Januar 2002. Auch dort waren es einheimische Verbündete – die Nordallianz – und NATO-Spezialeinheiten, die mit Hilfe massiver Angriffe aus der Luft das Taliban-Regime stürzten. Und auch hier wurde eine pro-westliche Regierung mit zweifelhafter Legitimation eingesetzt, die zwar international anerkannt wurde, im Land jedoch kaum Rückhalt hatte. Erst als sich abzeichnete, daß sich die neue Regierung angesichts rivalisierender Warlords und eines wachsenden Widerstands nicht halten kann, folgte eine jährlich steigende Zahl von »internationalen Stabilisierungskräften« (ISAF) und US-Kampftrouppen für die »Operation dauerhafte Freiheit«. Doch das Scheitern des Krieges konnte auch damit nicht verhindert werden.

Anmerkungen

1 Tony Karon: »In Post-Ghaddafi Libya, Freedom is Messy – and Getting Messier«, Time

Magazine, 4.1.2012

2 »Libya leaders supported by ›money, arms, PR‹: ex-premier«, Reuters, 25.11.2012; »Ali Tarhouni, Former Libya Oil Minister, Calls New Leaders Unrepresentative Elite«, Huffington Post, 25.11.2011

3 »Libya's Post-Qaddafi Government Is Hobbled as Misrata's City-State Thrives«, Bloomberg, 29.2.2012

4 »Libyen droht zu zersplittern«, Interview mit Jochen Hippler, Tagesschau 16 Uhr, 20.10.2011

5 »Libya on the verge of chaos and civil war – experts«, Voice of Russia, 12.12.2011

6 Franklin Lamb: »Will A Pro-Ghaddafi ›Green Revolution‹ Topple The NTC?«, Countercurrents.org, 15.1.2012; Franklin Lamb: »Will 2012 Bring Tribal War to Libya?«, CounterPunch, 30.12.2011

7 Einigermäßen zuverlässig erscheinende Berichte über militärische Aktionen des Widerstands findet man bei der algerischen Nachrichtenagentur Algeria ISP (www.algeria-isp.com/) und der Seite der spanisch-sprachigen »Nachrichtenagentur des libyschen Widerstandes« (- resistencialibia.info/)

8 »Ghaddafi loyalists take back Bani Walid«, Guardian, 23.1.2012; »Former Ghaddafi stronghold rejects Libyan government's authority«, Guardian, 24.1.2012

9 »Besuch in der letzten Bastion des Ghaddafi-Clans«, Die Presse, 21.2.2012

10 Tony Karon: »Haunted by the Ghosts of Afghanistan, Libya Asks NATO to Stay On«, TIME Blog, 26.10.2011

11 Pepe Escobar: »That rocky road to Damascus«, Asia Times, 24.11.2011

Weitere Informationen und Texte auf der Homepage des Autors: jghd.twoday.net